# Niederschrift
# zur 12. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

| | |
|---|---|
| **Sitzungstermin:** | Mittwoch, den 30.09.2009 |
| **Sitzungsbeginn:** | 19:00 Uhr |
| **Sitzungsende:** | 22:01 Uhr |
| **Ort, Raum:** | **Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in 15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf** |

## Anwesend sind:

**Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**
Frau Karola Andrae
**Stadtverordnete(r)**
Herr Sven Baranowski
Frau Melinda Bock
Herr Burkhard Degner
Herr Tim Grebe
Herr Wilfried Käthe
Herr Torsten Kniesigk
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Hans-Jürgen Lüders
Herr Olaf Manthey
Herr Ralf Markwardt
Frau Susanne Michler
Frau Petra Miersch
Herr Andreas Noack
Herr Carsten Preuß
Herr Dr. Rainer Reinecke
Herr Erwin Rust
Frau Waltraud Schröder
Herr Reinhard Schulz
Herr Jürgen Steinert
Frau Gudrun Timm
Herr Konrad Tschorn
Herr Rolf von Lützow
Frau Freifrau Maria von Schrötter
**Bürgermeisterin**
Frau Michaela Schreiber

## Es fehlen:

**Stadtverordnete(r)**

| | |
|---|---|
| Frau Sabine Brumm | entschuldigt |
| Herr Peter Hummer | entschuldigt |
| Frau Sylvia Menges | entschuldigt |
| Herr Rainer Zurawski | entschuldigt |

**zu 1 Eröffnung der Sitzung durch die Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Andrae eröffnet um 19:07 Uhr die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden.

**zu 2 Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Es sind 22 Stadtverordnete anwesend. Beschlussfähigkeit besteht.

**zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Ab 19:08 Uhr nimmt Herr Markwardt an der Sitzung teil. Es sind nun 23 Stadtverordnete anwesend.

Herr Preuß beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 10.1 hinter den Tagsordnungspunkt 10.7 verschoben wird, da der Antrag erst vor kurzem eingegangen ist und andere zu behandelnde Anträge schon viel länger bei der Verwaltung vorliegen.

Frau Schreiber beantragt, dass der Tagesordnungspunkt 9.11 in Absprache mit dem Ortsbeirat Nächst Neuendorf zurückgezogen wird, weil der Ortsbeirat erst am 05.10.2009 tagt. Die Beschlussvorlage wird zur nächsten regulären Sitzung der SVV am 4. November 2009 erneut eingebracht werden.

Frau Andrae zieht das Protokoll vom 02.09.2009/05.09.2009 von der Tagesordnung zurück, weil es noch Ergänzungen hierzu gibt.

Abstimmung zu der so geänderten Tagesordnung: 23 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung

**zu 4 Beschlussfassung über Einwendungen gegen die Niederschriften über den öffentlichen Teil der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung vom 03.06.2009 mit der Folgesitzung am 10.06.2009 (Wiedervorlage) und 02.09.2009 mit Fortführungssitzung am 05.09.2009**

Die Niederschrift vom 02.09.2009/05.09.2009 wurde unter TOP 3 von Frau Andrae von der Tagesordnung genommen.

<u>Niederschrift vom 03.06.2009/10.06.2009</u>
Frau Andrae liest die von Herrn Preuß schriftlich eingereichten Änderungswünsche vor. Diese Stellungnahme von Herrn Preuß wird als Anlage zum Protokoll vom 03.06.2009/10.06.2009 genommen.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

Abstimmung: 13 x ja, 8 x nein, 2 x Erhaltung

**zu 5 Bericht aus der Verwaltung**

Frau Schreiber fasst den schriftlich vorliegenden Bericht aus der Verwaltung für die anwesenden Bürger zusammen. Er umfasst folgende Punkte:

1. Zusammenfassung der Wahlergebnisse der Bundes- und Landtagswahlen vom 27. September 2009 in der Stadt Zossen
2. Ausschreibung der Unterhalts-, Grund- und Glasreinigung in Einrichtungen der Stadt Zossen
3. Info-Haus Zesch am See
4. Erweiterung Freizeitpark Kallinchen
5. Kallinchen E+A Maßnahme: Pflanzarbeiten Birkengrund
6. Kita Pfiffikus – Lüftungseinhausung
7. DSL in Glienick

8. Radweg am Nottekanal
9. Vermarktung des Geländes der ehemaligen Post in Zossen
10. Tagespflege

Um 19:20 Uhr trifft Herr Steinert ein. Es sind nunmehr 24 Stadtverordnete anwesend.

Frau Schreiber weist im Nachgang zu dem schriftlich vorliegenden Bericht aus der Verwaltung auf die Stellungnahme der Verwaltung zum Landschaftsrahmenplan des Landkreises hin. Diese Unterlagen wurden vor der Sitzung ebenfalls an alle Stadtverordneten verteilt.

Herr Kramer gibt als stellvertretender Bürgermeister eine Stellungnahme ab **(Anlage 1)**. Hierin dankt er zunächst allen Wahlhelfern für ihre tatkräftige Unterstützung bei der Wahl, um dann zu erklären, warum er nicht mehr bereit ist, an den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung teilzunehmen. Im Folgenden gibt die Kämmerin, Frau Hollstein im Namen der Amtsleiter Frau Klähn, Herr Marks und Herr Grunow eine inhaltlich ebenso gerichtete Erklärung ab **(Anlage 2)**. Um 19:33 Uhr verlassen die Amtsleiter die Sitzung.

**zu 6 Informationen zu Sitzungen des Zweckverbandes "Komplexsanierung mittlerer Süden", des MAWV und des WARL**

Frau Schreiber informiert, dass es keine Neuigkeiten zu berichten gibt. Sie bittet die Stadtverordneten jedoch nochmals um Rückmeldungen hinsichtlich der auf der letzten Sitzung übergebenen Unterlagen.

**zu 7 Einwohnerfragestunde**

Die anwesenden Einwohner machen wiederholt ihren Unmut über den beschlossenen Kitastandort deutlich. Sie verweisen dabei vor allem darauf, dass eine ungenügende Bürgerinformation stattgefunden hätte.

Frau Michler macht deutlich, dass die Bürgerbeteiligung sehr wohl ausreichend gegeben war.

Des Weiteren, wird wiederholt vollumfänglich das Thema Nordumfahrung Dabendorf diskutiert.
Herr Wanke von der BI bittet nochmals um Übergabe vollständiger Unterlagen zur Verkehrszählung und Herr Niestlé bemängelt die Unterlagen auf der Internetseite der Stadt Zossen. Er bezweifelt, dass diese vollständig sind.

Frau Schreiber bittet die BI um Übergabe der Unterschriftensammlung und betont, niemals gesagt zu haben, dass keine Verkehrszählung stattgefunden hätte. Frau Schreiber berichtet weiterhin, dass sie freiwillig angeboten hatte, dass eine weitere Verkehrszählung stattfinden könnte, sobald der KMS mit seinen Bauarbeiten fertig ist. Sie weist Herrn Wanke daraufhin, dass dieser versprochen hatte, dass ihr bis Ende der letzten Woche die Unterschriftenlisten vorliegen würden. Diese liegen in der Verwaltung bis zum heutigen Tage nicht vor.

Herr Wanke merkt an, dass die Listen noch nicht fertig sind und noch weitere Unterschriften eingeholt werden müssen. Außerdem verfolgt die BI noch ein anderes Interesse. Die BI will einen Bürgerentscheid.

Ab 20:03 Uhr nimmt Frau Timm an der Sitzung teil. Es sind nunmehr 25 Stadtverordnete anwesend.

Um 20:05 Uhr verlässt Frau Schreiber den Raum. Ab 20:08 Uhr ist Frau Schreiber wieder anwesend.

Die Stadtverordneten beantworten ausführlich die Fragen der anwesenden Einwohner.

Um 20:25 Uhr beendet Frau Andrae die Einwohnerfragestunde, da alle Argumente umfangreich ausgetauscht wurden.

**zu 8 Anfragen und Mitteilungen der Stadtverordnetenversammlung**

Frau Schreiber beantwortet ausführlich alle offenen Anfragen der Stadtverordneten.

Einige Stadtverordnete nehmen zu den von den Bürgern vorgebrachten Kritiken Stellung und kritisieren ihrerseits das Verlassen der Sitzung durch die Amtsleiter.

Frau Schreiber macht deutlich, dass die Amtsleiter die Sitzung auf eigenen Willen verlassen haben und nicht, weil sie dies evtl. vorgeschrieben hätte.

**zu 9 Beschlussvorlagen**

**zu 9.1 Namensänderung Kindertagesstätte "Bärchenland" in Zossen**
**Vorlage: 067/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt die Namensänderung der Kindertagesstätte „Bärchenland“ in Zossen wie folgt:*

*a) "Aponi" (Schmetterling) oder*

*b) "Tausendfüßler"*

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, bittet Frau Andrae um Abstimmung:

Abstimmung zu a): 23 x ja, 1 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 9.2 Ganztag an der Oberschule Wünsdorf**
**Vorlage: 093/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen befürwortet die Antragstellung der Schulleitung der Oberschule Wünsdorf an das Staatliche Schulamt auf Errichtung eines Ganztagsschulangebotes zum Schuljahr 2010/11.*

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmung: 24 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 9.3 Fußgängerüberführung Hp Neuhof Bahn-km 42,045**
**Vorlage: 071/09**

**Beschlussvorschlag:**

*1. Variante I Fußgängerüberführung mit Treppen und Aufzügen*
*oder*
*2. Variante II Fußgängerüberführung mit Treppen und behindertengerechten Rampen*

*Die Verwaltung erhält den Auftrag, mit der DBAG die entsprechende Kreuzungsvereinbarung gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz (EkrG) abzuschließen.*

Herr Tschorn beantragt für Die Linke folgendes:
Die Fraktion DIE LINKE beantragt den Satz nach Variante II zu ändern. Er soll lauten:

„Die Verwaltung erhält den Auftrag, mit der DBAG die entsprechende Kreuzungsvereinbarung gemäß Eisenbahnkreuzungsgesetz (EkrG) zeitgleich mit dem Straßenbaulastträger abzuschließen.“
Die Begründung ist als **Anlage 3** beigefügt.

Frau Schreiber weist ausdrücklich daraufhin, dass die Querung nur zum tragen kommt, wenn die Bahn den Übergang schließt.

Frau Andrae bittet zuerst um Abstimmung über den Beschluss der Verwaltung zu 2. Variante II.

Abstimmung: 13 x ja, 8 x nein, 4 x Enthaltung
Damit ist die Beschlussvorlage der Verwaltung beschlossen. Ein Beschluss über den Antrag von Herrn Tschorn findet nicht mehr statt.

Frau Andrae weist daraufhin, dass die Sitzung am 07.10.2009 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus (Großer Saal) fortgesetzt wird.

Frau Andrae schließt um 22:05 Uhr die Sitzung.

| | |
|---|---|
| Karola Andrae | Miriam Heinrich |
| Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung | Protokollantin |

# Niederschrift
# zur Fortführung der 12. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen

| | |
|---|---|
| **Sitzungstermin:** | Mittwoch, den 07.10.2009 |
| **Sitzungsbeginn:** | 19:00 Uhr |
| **Sitzungsende:** | 21:29 Uhr |
| **Ort, Raum:** | **Bürgerhaus Wünsdorf (großer Saal), Am Bürgerhaus 1 in 15806 Zossen, Ortsteil Wünsdorf** |

## Anwesend sind:

**Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung**
Frau Karola Andrae
**Stadtverordnete(r)**
Herr Sven Baranowski
Frau Melinda Bock
Herr Tim Grebe
Herr Peter Hummer
Herr Wilfried Käthe
Herr Torsten Kniesigk
Herr Hermann Kühnapfel
Herr Hans-Jürgen Lüders
Herr Olaf Manthey
Herr Ralf Markwardt
Frau Susanne Michler
Frau Petra Miersch

Herr Andreas Noack
Herr Carsten Preuß
Herr Dr. Rainer Reinecke
Herr Erwin Rust
Frau Waltraud Schröder
Herr Reinhard Schulz
Herr Jürgen Steinert
Frau Gudrun Timm
Herr Konrad Tschorn
Herr Rainer Zurawski

**Bürgermeisterin**

Frau Michaela Schreiber

**Protokollantin**

Frau Miriam Heinrich

**Gäste**

| | |
|---|---|
| Bürger | ca. 8 |
| Herr Fred Hasselmann | MAZ |
| Herr Thomas Kosicki | ZWG |

## Es fehlen:

**Stadtverordnete(r)**

| | |
|---|---|
| Frau Sabine Brumm | entschuldigt |
| Herr Burkhard Degner | |
| Frau Sylvia Menges | entschuldigt |
| Herr Rolf von Lützow | entschuldigt |
| Frau Freifrau Maria von Schrötter | |

**zu 9.4 Verbesserung der Straßenbeleuchtung "Unter den Eichen" in Zesch am See Vorlage: 072/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verbesserung der Straßenbeleuchtung "Unter den Eichen" in Zesch am See. Der Anschluss erfolgt an die bereits vorhandene Straßenleuchte A 69 vor dem Grundstück Hausnummer 25 (Flurstücke 63/2, 80/5). Die Leuchten werden an der östlichen Seite der Verkehrsfläche angeordnet und im Abstand von 25 - 30 m bis zum Ortsausgangsschild in Richtung Lindenbrück (Flurstück 155) weitergeführt. (siehe Anlage)*

*Die von der Straße "Unter den Eichen" östlich abgehenden Straßen und Wege erhalten keine Beleuchtung.*

*Die Realisierung der Baumaßnahme ist vom 4. Quartal 2009 bis 2. Quartal 2010 vorgesehen.*

*Für das o. g. Abrechnungsgebiet werden Beiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg in Verbindung mit der gültigen Ausbaubeitragssatzung erhoben. Die beigefügte Anlage stellt das Bauprogramm dar.*

*Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung durchzuführen.*

Frau Andrae eröffnet die Fortführungssitzung um 19:05 Uhr.

Herr Tschorn stellt den Antrag, im Titel der Beschlussvorlage der Verwaltung das Wort „Verbesserung“ durch „Erneuerung“ zu ersetzen.

Frau Schreiber weist darauf hin, dass es sich bei dem Wort „Verbesserung“ um einen Rechtsbegriff handelt, der auch so belassen werden sollte.

Frau Andrae bittet um Auskunft zur Rechtslage. Hat die Stadt Zossen überhaupt eine Satzung?

Frau Schreiber erläutert, dass das alte Ortsrecht 5 Jahre nach der Gemeindegebietsreform automatisch aufgehoben wurde. Die Ausbaubeitragssatzung Wünsdorf aus dem Jahr 2000 gilt.

Ab 19:09 Uhr nimmt Herr Grebe an der Versammlung teil.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Tschorn: 6 x ja, 10 x nein, 5 x Enthaltung
Damit ist der Antrag abgelehnt worden.

Abstimmung zur von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussvorlage in unveränderter Form: 15 x ja, 0 x nein, 6 x Enthaltung.
Die Beschlussvorlage der Verwaltung wurde unverändert beschlossen.

**zu 9.5 Verbesserung der Fahrbahn und Oberflächenentwässerung "Neuhofer/Wünsdorfer Weg" in Wünsdorf**
**Vorlage: 073/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verbesserung der Fahrbahn und der Oberflächenentwässerung "Wünsdorfer/Neuhofer Weg" in Wünsdorf.*

*Die Verbesserung wird zwischen der Neuhofer Dorfstraße in Neuhof und der Wünsdorfer Seestraße in Wünsdorf durchgeführt. (siehe Anlage)*

*Die Herstellung der Fahrbahn einschließlich Oberflächenentwässerung erfolgt in einer Breite von 4,75 m mit Ausweichstellen ohne Gehweg.*

*Die Realisierung der Baumaßnahme ist vom 2. Quartal 2008 bis zum 4. Quartal 2009 vorgesehen.*

*Für das o. g. Abrechnungsgebiet werden Beiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg in Verbindung mit der gültigen Ausbaubeitragssatzung erhoben. Die beigefügte Anlage stellt das Bauprogramm dar.*

*Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung durchzuführen.*

Ab 19:11 Uhr ist Herr Kniesigk anwesend.

Herr Tschorn beantragt, den Titel der Beschlussvorlage zu ändern. Aus dem Titel muss erkennbar sein, um was es sich handelt. Aus dem Wort „Verbesserung“ soll „Grundhafter Aus- und Neubau der Fahrbahn“ werden (**Anlage 4)**. Herr Tschorn beantragt ebenfalls die namentliche Abstimmung, wenn es zur Abstimmung der Beschlussvorlage in unveränderter Form kommen sollte.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Tschorn („Verbesserung“ wird durch „Grundhafter Aus- und Neubau“ ersetzt): 5 x ja, 11 x nein, 6 x Enthaltung
Damit ist der Antrag abgelehnt.

Abstimmung zur von der Verwaltung vorgeschlagenen Beschlussvorlage:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Frau Andrae | Enthaltung | Frau Michler | ja |
| Herr Baranowski | Enthaltung | Frau Miersch | Enthaltung |
| Frau Bock | nein | Herr Noack | ja |
| Frau Brumm | - | Herr Preuß | Enthaltung |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Herr Degner | - | Herr Dr. Reinecke | Enthaltung |
| Herr Grebe | Enthaltung | Herr Rust | Enthaltung |
| Herr Hummer | ja | Frau Schreiber | ja |
| Herr Käthe | ja | Frau Schröder | - |
| Herr Kniesigk | ja | Frau von Schrötter | - |
| Herr Kühnapfel | ja | Herr Schulz | Enthaltung |
| Herr Lüders | ja | Herr Steinert | Enthaltung |
| Herr v. Lützow | - | Frau Timm | - |
| Herr Manthey | ja | Herr Tschorn | Enthaltung |
| Herr Markwardt | ja | Herr Zurawski | ja |
| Frau Menges | - | | |

Der Beschlussvorlage der Verwaltung wird mit 11 x ja, 1 x nein und 10 x Enthaltung in unveränderter Form zugestimmt.

**zu 9.6 Verbesserung der Straßenbeleuchtung "Neuhofer/Wünsdorfer Weg" in Wünsdorf Vorlage: 074/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verbesserung der Straßenbeleuchtung im "Wünsdorfer/Neuhofer Weg" in Wünsdorf.*

*Die Verbesserung wird zwischen der Neuhofer Dorfstraße in Neuhof und der Wünsdorfer Seestraße in Wünsdorf durchgeführt. (siehe Anlage)*

*Die Realisierung der Baumaßnahme erfolgt in Bauabschnitten. Der 1. und der 3. Bauabschnitt werden vom 2. Quartal 2009 bis zum 4. Quartal 2009 durchgeführt.*

*Für die Beitragserhebung wird folgende Abschnittsbildung vorgenommen:*

*1. Abschnitt: zwischen Neuhofer Dorfstraße und Bergstraße in Neuhof*
*2. Abschnitt: zwischen Wünsdorfer Seestraße und Brücke im Neuhofer Weg in Wünsdorf*
*3. Abschnitt: zwischen Brücke im Neuhofer Weg in Wünsdorf und Bergstraße in Neuhof*

*Für das o. g. Abrechnungsgebiet werden Beiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg in Verbindung mit der gültigen Ausbaubeitragssatzung erhoben. Die beigefügte Anlage stellt das Bauprogramm dar.*

*Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung durchzuführen.*

Frau Schreiber informiert darüber, dass der Ortsbeirat Wünsdorf sich entschieden hat, dass die Straßenbeleuchtung in einem Bauabschnitt realisiert wird. Der 3., 4. und 5. Absatz kann aus der Beschlussvorlage also gestrichen werden.

Herr Lüders weist darauf hin, dass in diesem Fall keine Zeitschiene für die Realisierung des Bauabschnittes vorgegeben ist. Frau Schreiber bestätigt dies und fügt den gewünschten Satz ein.

Herr Tschorn beantragt, dass das Wort „Verbesserung“ in „Neubau“ ausgetauscht wird.

Abstimmung zum Antrag von Herrn Tschorn: 6 x ja, 10 x nein, 7 x Enthaltung
Der Betreff der Beschlussvorlage bleibt somit bestehen.

Der Beschlusstext lautet nunmehr wie folgt:
*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die Verbesserung der Straßenbeleuchtung im "Wünsdorfer/Neuhofer Weg" in Wünsdorf.*

*Die Verbesserung wird zwischen der Neuhofer Dorfstraße in Neuhof und der Wünsdorfer*

*Seestraße in Wünsdorf durchgeführt. (siehe Anlage)*

*Die Realisierung der Baumaßnahme erfolgt vom 2. Quartal 2009 bis 4. Quartal 2009.*

*Für das o. g. Abrechnungsgebiet werden Beiträge nach § 8 Kommunalabgabengesetz des Landes Brandenburg in Verbindung mit der gültigen Ausbaubeitragssatzung erhoben. Die beigefügte Anlage stellt das Bauprogramm dar.*

*Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung durchzuführen.*

Abstimmung: 15 x ja, 0 x nein, 7 x Enthaltung
Der Beschlussvorlage wird mit den von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderungen zugestimmt.

**zu 9.7 Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft und Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2007**
**Vorlage: 068/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Feststellung des Jahresabschlusses 2007 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft (ZWG) mit einer Bilanzsumme von 8.893,2 TEUR und einem Jahresfehlbetrag von 162,9 TEUR.*

*Der Fehlbetrag wird den Verlustverträgen zugeschlagen.*

*Der Geschäftsführung wird für das Kalenderjahr 2007 Entlastung erteilt.*

Frau Andrae berichtet, dass Herr Kosicki von der ZWG zu diesem und dem folgenden Tagesordnungspunkt eingeladen wurde, um eventuell auftretende Fragen zu beantworten. Ihm sollte also Rederecht eingeräumt werden.

Herr Kühnapfel weist darauf hin, dass das Wort „Verlustverträge“ im Beschlusstext „Verlustvorträge“ heißen muss und bittet um Änderung.

Im Folgenden macht Herr Kosicki Ausführungen zu den Jahresergebnissen der ZWG in den Jahren 2007 und 2008.

Herr Lüders erklärt, dass die dem Beschluss angefügte Anlage für das Jahr 2008 von Frau Schreiber nicht unterzeichnet wurde bevor sie versandt wurde. Frau Schreiber gibt daraufhin zu Protokoll, dass der Aufsichtsrat der ZWG beschlossen hat, der Geschäftsführung für das Kalenderjahr 2008 Entlastung zu erteilen. Das Original der Beschlussvorlage liegt unterschrieben bei der ZWG.

Herr Kosicki beantwortet einige Fragen der Stadtverordneten.

Frau Andrae bittet um Abstimmung zur BV 068/09 mit der Änderung: Das Wort „Verlustverträge“ in „Verlustvorträge“ zu ändern.

Abstimmung: 21 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 9.8 Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft und Entlastung der Geschäftsführung für das Jahr 2008**
**Vorlage: 069/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen bestätigt die Feststellung des Jahresabschlusses 2008 der Zossener Wohnungsbaugesellschaft (ZWG) mit einer*

*Bilanzsumme von 9.133,2 TEUR und einem Jahresüberschuss von 96,3 TEUR.*

*Der Jahresüberschuss wird für zur Verringerung der Verlustvorträge aus Vorjahren verwendet.*

*Der Geschäftsführung wird für das Kalenderjahr 2008 Entlastung erteilt.*

Nachdem bereits alle Fragen unter dem zuvor genannten Tagesordnungspunkt abgehandelt wurden bittet Frau Andrae um Abstimmung. In der Anlage zur Beschlussvorlage muss es heißen: „im Original gezeichnet".

Abstimmung: 21 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung

Um 19:42 Uhr verlässt Herr Grebe den Raum.

**zu 9.9 Bestätigung der Jahresrechnung 2004 der Stadt Zossen und Entlastung der Bürgermeisterin**
**Vorlage: 053/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen nimmt den Prüfbericht zur Jahresrechnung der Stadt Zossen 2004 zur Kenntnis. Sie bestätigt das festgestellte Ergebnis der Jahresrechnung 2004. Die SVV erteilt der Bürgermeisterin Entlastung.*

Ab 19:43 Uhr ist Herr Grebe wieder anwesend.

Herr Steinert bemängelt, dass die Anfragen, die die Fraktionen zu dieser Beschlussvorlage schon vor etlicher Zeit gestellt haben, noch immer nicht beantwortet wurden. Außerdem sind der Beschlussvorlage unvollständige Anlagen beigefügt. Er betont, dass seit 2006 gefordert wurde, dass dem Finanzausschuss ein Exemplar des Jahresabschlusses zur Verfügung gestellt wird. Dies ist nie geschehen und so kann die Fraktion Die Linke der Beschlussvorlage nicht zustimmen. Die beiden Beschlussvorlagen sollten nochmals in den Finanzausschuss verwiesen werden.

Frau Schreiber weist Herrn Steinert wiederholt darauf hin, dass das vollständige Exemplar des Jahresabschlusses eingesehen werden kann. In jedem Jahr erhält die Vorsitzende der SVV ein Exemplar, welches in ihrem Fach im Sekretariat der Verwaltung ausliegt. Die Stadtverordneten haben jeweils den Vorbericht der einzelnen Jahresabschlüsse erhalten.

Herr Hummer betont, dass er nicht bereit ist, sich im Finanzausschuss mit diesen Beschlussvorlagen zu beschäftigen. Das Rechnungsamt hat eindeutig empfohlen, dass Entlastung zu erteilen ist. Das sollte auch getan werden.

Herr Preuß beantragt namentliche Abstimmung für beide Beschlussvorlagen. (BV 053/09 und BV 054/09)

Frau Andrae weist Herrn Steinert daraufhin, dass sie ihm eine Mail geschickt hat, aus der hervorgeht, dass ihr ein Exemplar des Jahresabschlusses vorliegt und eingesehen werden kann. Sie bittet um Abstimmung zum Verweisungsantrag in den Finanzausschuss von Herrn Steinert.

Abstimmung: 7 x ja, 11 x nein, 4 x Enthaltung
Damit wird die Beschlussvorlage nicht in den Finanzausschuss verwiesen.

Es folgt die namentliche Abstimmung zur Beschlussvorlage 053/09 in unveränderter Form:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Frau Andrae | Enthaltung | Frau Michler | ja |
| Herr Baranowski | ja | Frau Miersch | nein |

| | | | |
|---|---|---|---|
| Frau Bock | nein | Herr Noack | ja |
| Frau Brumm | - | Herr Preuß | nein |
| Herr Degner | - | Herr Dr. Reinecke | nein |
| Herr Grebe | nein | Herr Rust | nein |
| Herr Hummer | ja | Frau Schreiber | ja |
| Herr Käthe | ja | Frau Schröder | ja |
| Herr Kniesigk | ja | Frau von Schrötter | - |
| Herr Kühnapfel | Enthaltung | Herr Schulz | Enthaltung |
| Herr Lüders | Enthaltung | Herr Steinert | nein |
| Herr v. Lützow | - | Frau Timm | - |
| Herr Manthey | ja | Herr Tschorn | nein |
| Herr Markwardt | Enthaltung | Herr Zurawski | ja |
| Frau Menges | - | | |

Abstimmung: 10 x ja, 8 x nein, 5 x Enthaltung
Damit ist die Jahresrechnung für das Jahr 2004 bestätigt und die Entlastung der Bürgermeisterin erteilt.

**zu 9.10 Bestätigung der Jahresrechnung 2005 der Stadt Zossen und Entlastung der Bürgermeisterin**
**Vorlage: 054/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen nimmt den Prüfbericht zur Jahresrechnung der Stadt Zossen 2005 zur Kenntnis. Sie bestätigt das festgestellte Ergebnis der Jahresrechnung 2005. Die SVV erteilt der Bürgermeisterin Entlastung.*

Herr Steinert stellt den Antrag auf Verweisung der Beschlussvorlage in den Finanzausschuss.

Abstimmung: 8 x ja, 11 x nein, 4 x Enthaltung
Damit wird die Beschlussvorlage nicht in den Finanzausschuss verwiesen.

Namentliche Abstimmung über die Beschlussvorlage der Verwaltung in unveränderter Form:

| | | | |
|---|---|---|---|
| Frau Andrae | Enthaltung | Frau Michler | ja |
| Herr Baranowski | Enthaltung | Frau Miersch | nein |
| Frau Bock | nein | Herr Noack | ja |
| Frau Brumm | - | Herr Preuß | nein |
| Herr Degner | - | Herr Dr. Reinecke | nein |
| Herr Grebe | nein | Herr Rust | nein |
| Herr Hummer | ja | Frau Schreiber | ja |
| Herr Käthe | ja | Frau Schröder | ja |
| Herr Kniesigk | ja | Frau von Schrötter | - |
| Herr Kühnapfel | Enthaltung | Herr Schulz | Enthaltung |
| Herr Lüders | nein | Herr Steinert | nein |
| Herr v. Lützow | - | Frau Timm | - |
| Herr Manthey | ja | Herr Tschorn | nein |
| Herr Markwardt | ja | Herr Zurawski | ja |
| Frau Menges | - | | |

Abstimmung: 10 x ja, 9 x nein, 4 x Enthaltung
Damit ist die Jahresrechnung für das Jahr 2005 bestätigt und die Entlastung der Bürgermeisterin erteilt.

**zu 9.11 Neubau Kinderspielplatz in Nächst Neuendorf**
**Vorlage: 075/09/01**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*
*Dem Rückbau des vorhandenen Spielplatzes und die Errichtung des Kinderspielplatzes einschließlich Kleinfußballfeld wird zugestimmt.*

Diese Beschlussvorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**zu 9.12 Befreiungen von den Festsetzungen im Bebauungsplan 51/02 "Im Eichenhain" für das Flurstück 326**
**Vorlage: 070/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Dem Befreiungsantrag hinsichtlich der Überschreitung der Grundflächenzahl (GRZ) um 0,09, des Baufensters, der Änderung der Dachneigung um 5% sowie der Firstrichtung um 90% wird für das Bauvorhaben im Ginsterweg 4, Flurstück 326 der Flur 15 der Gemarkung Zehrensdorf zugestimmt.*

Es gibt keine Wortmeldungen.

Abstimmung: 20 x ja, 1 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 10 Anträge von Fraktionen**

**zu 10.2 Antrag der Fraktion B90-Grüne/FDP vom 30.07.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 31.07.2009:**
**Die Umlage des Wasser- und Bodenverbandes wird ab 2011 zentral von der Stadt Zossen entrichtet, dafür wird die Grundsteuer A + B zweckgebunden angehoben**
**Vorlage: 087/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Umlage des Wasser- und Bodenverbandes wird ab 2011 zentral von der Stadt Zossen entrichtet, dafür wird die Grundsteuer A + B zweckgebunden angehoben.*

Herr Baranowski beantragt als Einreicher des Antrages die Verweisung in die Ausschüsse RSO und Finanzen. Zu den Ausschusssitzungen sollte es noch einige Hintergrundinformationen seitens der Verwaltung geben.

Frau Schreiber bittet darum, dass ein Votum für die Verwaltung beschlossen wird. Gibt es dieses Votum, ist die Verwaltung gerne bereit, das Prozedere durchzurechnen.

Nach ausführlicher Diskussion zum Für und Wider dieses Antrages, einigen sich die Anwesenden darauf, dass der Antrag zunächst im RSO beraten werden soll. Dort soll geklärt werden, ob das Vorgeschlagene überhaupt gewollt ist.

Frau Andrae bittet darum, dass die Verwaltung aus anderen Gemeinden Informationen einholt, wie diese mit dem Sachverhalt verfahren. Daher sollte der Vorgang zunächst einmal im RSO beraten werden.

Abstimmung zur grundsätzlichen Beratung im RSO: 21 x ja, 0 x nein, 2 x Enthaltung

**zu 10.3 Antrag der Fraktion SPD vom 20.08.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 24.08.2009:**
**Gerechtigkeit bei der Beitragserhebung bei Altanliegern durchsetzen - die neuen Möglichkeiten des Kommunalabgabegesetzes Brandenburg nutzen**
**Vorlage: 091/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:*

1. *Die Stadtverordnetenversammlung Zossen erteilt den Vertretern der Stadt Zossen, Frau Michaela Schreiber und Herrn Olaf Manthey, die dort 17 Stimmen in der Zweckverbandsversammlung abgeben können, gemäß § 15 Abs. 4 die Weisung, in der Zweckverbandsversammlung KMS folgenden Antrag einzubringen, zur Abstimmung zu bringen und dem Antrag, mit den 17 Stimmen der Stadt Zossen, selbst zustimmen.*
2. *Die Bürgermeisterin als Vertreterin gemäß § 15 GKG wird gebeten und aufgefordert, in jeder Stadtverordnetenversammlung schriftlich zum Fortgang im KMS in der Sache zu berichten.*

Herr Lüders bittet als Einreicher des Antrages um Verweisung in den RSO.

Abstimmung zur Verweisung in den RSO: 22 x ja, 0 x nein, 0 x Enthaltung

**zu 10.4 Antrag der Fraktion CDU vom 06.08.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 07.08.2009:**
**Einrichtung von Videoüberwachungseinrichtungen im Stadtgebiet**
**Vorlage: 078/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*
*Die Stadt Zossen wird beauftragt, Videoüberwachungseinrichtungen im Stadtgebiet einzurichten und zu betreiben:*
*- zur Überwachung der Fassaden des Bahnhofsgebäudes, der Nebengebäude und deren Fassaden.*

Herr Grebe betont, dass das Thema grundsätzlich im RSO behandelt werden müsste. Die Frage ist, wo fängt die Videoüberwachung an und wo hört sie auf.

Frau Schreiber erklärt, dass aus Sicht der Verwaltung und aus politischer Sicht die Sache sehr unterschiedlich betrachtet werden kann. Sie betont, dass sie Bedenken gegen die Maßnahme an sich hat.

Um 20:31 Uhr ist Herr Grebe und Herr Kniesigk abwesend.
Um 20:32 Uhr ist Frau Miersch abwesend.

Herr Tschorn weist darauf hin, dass es den Leitsatz gibt „Landesrecht bricht Kommunalrecht.“ und einzig und allein das Innenministerium das Recht dazu hat, davon Gebrauch zu machen. Er bittet darum, dass das Landesrecht genau überprüft wird und zu dieser Beschlussvorlage vorzulegen ist.

Herr Kühnapfel erklärt als Einreicher des Antrages, dass er mit der Verweisung des Antrages in den RSO einverstanden wäre.

Um 20:34 Uhr sind Frau Miersch, Herr Grebe und Herr Kniesigk wieder anwesend.

Frau Andrae betont, dass die Behandlung des Antrages im RSO in Zusammenhang mit den von Herrn Tschorn vorgelegten Informationen erfolgen soll.

Herr Baranowski gibt zu bedenken, dass die Zeit für das Einholen dieser Informationen bis zur nächsten Sitzung des RSO sehr knapp ist und eine Behandlung des Antrages daher erst in der darauf folgenden Sitzung des RSO stattfinden kann.

Abstimmung zur Verweisung in den RSO: 22 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung.

**zu 10.5 Antrag der Fraktion CDU vom 05.08.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 07.08.2009:**
**Gedenkveranstaltungen zum 20. Jahrestag des Mauerfalls**
**Vorlage: 079/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

*Im Jahr 20 nach dem Mauerfall wird in der Stadt Zossen am Sonntag, den 8. November 2009 an die politische Wende und an den Mauerfall gedacht.*

1. *Pfarrer Matthias Scheufele hielt die Friedensandachten in der Zossener Dreifaltigkeitskirche. Er hält dort, am 8. November 2009 um 17:00 Uhr eine Andacht.*
2. *Die ev. Kirchengemeinde hat das Hans-Otto-Theater eingeladen, am 8. November um 18:00 Uhr Auszüge aus dem Erfolgsstück „Staatssicherheit", ebenfalls in der Dreifaltigkeitskirche aufzuführen (Dauer 1 Stunde).*
3. *Nach Andacht und Theateraufführung (beides in der Kirche) findet im Gemeindesaal ein Empfang aus Anlass des 20. Jahrestages des Mauerfalls statt. Die Kirchengemeinde stellt den Saal kostenfrei zur Verfügung und die Stadt Zossen stellt einen Imbiss und Getränke.*
4. *Die Kosten der Aufführung des Hans-Otto-Theaters tragen die Stadt Zossen und ev. Kirchengemeinde Zossen je zur Hälfte. Neben den Kosten aus Punkt 3 entstehen Gesamtkosten von ca. 2.000,00 €, die soweit möglich über Eintrittskarten mit 5,00 € Beitrag finanziert werden sollen. Der verbleibende Restbetrag wird dann je zur Hälfte von der Stadt und der Kirchengemeinde übernommen.*
5. *Die Bürgermeisterin trifft die erforderlichen Absprachen mit der Kirchengemeinde und gibt rechtzeitig Einladungen an die Öffentlichkeit.*

Herr Grebe teilt mit, dass es sich bei diesem Antrag um eine grundsätzlich sehr gute Sache handelt und die Stadtverordneten versuchen sollten, über die Parteigrenzen hinweg dort gemeinsam aufzutreten.

Frau Andrae bittet um Mitteilung, ob das benötigte Geld dafür da ist. Frau Schreiber erklärt, dass das Geld zur Verfügung stehen würde.

Abstimmung: 22 x ja, 0 x nein, 1 x Enthaltung

**zu 10.6 Antrag der Fraktion B90-Grüne/FDP vom 29.06.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.06.2009:**
**Stimmausübung Vertreter in Wasser- und Abwasserverbänden**
**Vorlage: 080/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Vertreter in den Wasser- und Abwasserverbänden zum Stadtgebiet Zossen werden ihre Stimme zu Altanschließerbeiträgen innerhalb der Verbandsversammlungen ausschließlich entsprechend der Beschlüsse der SVV ausüben.*

Frau Andrae beantragt die Verweisung des Antrages in den RSO.

Auf Nachfrage von Herrn Lüders, warum seit Antragstellung soviel Zeit vergangen ist, erklärt Herr Baranowski, dass es seit dem 30.06.2009 keine beschlussfähige Sitzung des RSO gegeben hat. Außerdem war in der Zwischenzeit Sommerpause, also Sitzungsfreie Zeit.

Abstimmung zur Verweisung in den RSO: 19 x ja, 1 x nein, 3 x Enthaltung

**zu 10.7 Antrag der Fraktion Die Linke, eingegangen bei der Stadt Zossen am 30.06.2009: Änderungsantrag zum Beschlussantrag Nr. 017/09: Kostenloses Schulessen für bedürftige Kinder der Zossener Kindertagesstätten und Zossener Grundschulen Vorlage: 089/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Alle bedürftigen Kindergartenkinder und Grundschüler der Stadt Zossen erhalten ab dem Schuljahr 2009/2010 kostenloses Schulessen.*

Frau Bock beantragt für den Einreicher die Verweisung des Antrages in den SJBS.

Abstimmung zur Verweisung in den SJBS: 22 x ja, 1 x nein, 0 x Enthaltung

**zu 10.1 Antrag der Fraktion Plan B vom 31.08.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 31.08.2009:**
**Zuschuss für die Klage der von der Lärmbelästigung des BBI betroffenen Bürger Vorlage: 085/09**

**Beschlussvorschlag:**

*Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen beschließt:*

1. *Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Zossen begrüßt den Ausbau des BBI als wichtigen Wirtschaftsfaktor für die gesamte Region.*
2. *Dabei müssen die berechtigten Belange der von den Lärmbelästigungen betroffenen Bürger aber Berücksichtigung finden. Unter anderem die Frage, ob Nachtflugverbot oder nicht, ist für die in der Einflugschneise lebenden Bürger von großer Bedeutung. In einer Sammelklage wollen viele betroffenen Bürger klären lassen, ob das Nachtflugverbot vollständig vom BBI eingehalten werden muss, oder ob eine bestimmte Anzahl von Flügen stattfinden darf.*
3. *Die Stadt Zossen genießt alle Vorteile des Ausbaus des BBI, insbesondere mögliche neue Ansiedlungen, ohne den Nachteil der Lärmbelästigung. Die Belange der betroffenen Bürger sind uns nicht egal. Deshalb zeigen wir uns solidarisch und unterstützen sie bei der Durchsetzung ihrer berechtigten Anliegen.*
4. *Die Stadt Zossen zahlt einen Zuschuss für die Sammelklage der betroffenen Bürger in Höhe von 5.000,00 €, um die Durchsetzung ihrer Forderungen zu unterstützen.*

Herr Noack erklärt, dass er darum gebeten hatte, den Antrag zunächst im RSO und Finanzausschuss zu behandeln.

Herr Tschorn führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE diesem Antrag nicht zustimmen wird. Redebeitrag von Herrn Tschorn als **Anlage 5** anbei.

Herr Lüders berichtet, dass der BBW eine Behandlung des Antrages abgelehnt hat.

Herr Noack bittet nochmals um Verweisung des Antrages in den RSO und den FA. Jetzt soll überhaupt nicht darüber geredet werden.

Herr Kühnapfel betont, dass der Antrag heute abgelehnt werden kann. Der Antrag ist reiner Wahlkampf und die Wahl ist vorbei. Die Bürger von Zossen hatten sich mehrmals für den Flughafenausbau ausgesprochen. Herr Kühnapfel sieht hier keine

Sachbeteiligung. Vielmehr sollte heute die Ablehnung des Antrages abgestimmt werden.

Frau Andrae bittet um Abstimmung darüber, ob der Antrag in den RSO und Finanzausschuss verwiesen werden soll.

Abstimmung: 7 x ja, 16 x nein, 0 x Enthaltung
Damit wird der Antrag nicht verwiesen.

Abstimmung zum Antrag in der vorgelegten Form: 5 x ja, 16 x nein, 2 x Enthaltung
Damit ist der Antrag der Fraktion Plan B abgelehnt.

**zu 10.8 Antrag der Fraktion SPD, DIE LINKE und VUB vom 09.09.2009, eingegangen bei der Stadt Zossen am 12.09.2009:**
**Beschluss zur Absicherung der Mehrausgaben für den KITA-Neubau in Wünsdorf in der Martin-Luther-Straße**
**Vorlage: 094/09**

**Beschlussvorschlag:**

1. *Im Haushaltsplan 2010 sind zu der im Investitionsplan 2007-2012 in der Haushaltsstelle 4686.940000 (KITA Wünsdorf) aufgeführten Summe weitere 295.000 € einzustellen um den Bau der KITA Wünsdorf in der Martin-Luther-Straße gemäß dem geänderten Beschluss 083/09 der SVV vom 02.09.2009 umzusetzen.*

2. *Die Haushaltstelle 6151.940100 (Bahnhof) ist im Vergleich zum Investitionsplan 2007-2012 im Haushaltsplan 2010 um 295.000 € zu reduzieren. Mit der Vorlage des Haushaltsplanentwurfes 2010 sind der SVV auch eine exakte Kostenkalkulation für die KITA und für den Bahnhof vorzulegen.*

3. *Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Maßnahmen durchzuführen, um den Bau der KITA bis Ende 2010 realisiert zu haben.*

Herr Preuß zieht als Einreicher den Antrag zurück. Herr Grebe betont, dass die Fraktionen jederzeit bereit sind, den Antrag sofort wieder auf die Tagesordnung zu bringen.

---

Frau Andrae informiert die Stadtverordneten über den Verfahrensstand zum Thema der Gültigkeit der Kommunalwahlen. Sie bittet um Mitteilung, wie weiter verfahren werden soll. Sie geht davon aus, dass es keine weiteren Erwiderungen auf Schriftsätze geben soll und dass das Gericht einen Termin festsetzen soll.

Herr Preuß äußert Zweifel daran, dass der Schriftsatz der Verwaltung ausreichend war. Es waren Kopien beigefügt, die nicht nummeriert waren. Er ist der Meinung, dass bei Gericht nachgefragt werden muss, ob alle Unterlagen vorliegen.

Nach kurzer Diskussion fasst Frau Andrae als Fazit zusammen: Es gibt keine Erwiderung auf den Text und eine Nachfrage zur Größe des Verwaltungsvorganges, der bei Gericht anhängig ist, soll gestellt werden.

Frau Andrae schließt den Tagesordnungspunkt um 20:55 Uhr und beruft eine 10-minütige Pause ein.

Karola Andrae
Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung

Miriam Heinrich
Protokollantin